

Protokoll über die 15. Sitzung des Kreisausschusses
am 20. Januar 2020

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:03 Uhr

Anwesende: Landrat, Herr Zanker
Jonas Urbach, CDU-Fraktion
Annette Lehmann, CDU-Fraktion
Andreas Henning, SPD-Fraktion
Iven Görbig, AfD-Fraktion
Jörg Kubitzki, Fraktion DIE LINKE

entschuldigt: Karl-Josef Montag, Fraktion FW-UH

Verwaltung: Cindy Engelhardt-Schütze, Rechtsreferat
Volker Mock, Webmaster

Schriftführer: Andrea Junker, Kreistagsbüro

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 12. Sitzung des Kreisausschusses vom 27. November 2019
- 5 Genehmigung des Protokolls der 13. Sitzung des Kreisausschusses vom 12. Dezember 2019
- 6 Genehmigung des Protokolls der 14. Sitzung des Kreisausschusses vom 16. Dezember 2019
- 7 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Öffentliche Ausschreibung Nr. 141-2019-UHK Beschaffung von Dienstfahrzeugen für das LRA UHK in drei Losen - Los 1: Leasing eines Sonderfahrzeuges Feuerwehr Kommandowagen (KdoW)
- 9 Öffentliche Ausschreibung Nr. 141-2019-UHK Beschaffung von Dienstfahrzeugen für das LRA UHK in drei Losen - Los 2: Leasing eines Kleinbusses
- 10 Öffentliche Ausschreibung Nr. 141-2019-UHK Beschaffung von Dienstfahrzeugen für das LRA UHK in drei Losen - Los 3: Kauf eines Dreiseitenkippers
- 11 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 01 – Eröffnung und Begrüßung

Der Landrat begrüßte die anwesenden Kreisausschussmitglieder.

Zum TOP 02 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellte mit fünf anwesenden Kreisausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zum TOP 03 – Bestätigung der Tagesordnung

Der Landrat nahm folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung:

- TOP 08 – Leasing eines Sonderfahrzeuges Feuerwehr Kommandowagen (KdoW): Hier sei kein Angebot eingegangen
- TOP 09 – Leasing eines Kleinbusses – und TOP 10 – Kauf eines Dreiseitenkippers: Die Vergabehöhe liegt nicht in der Zuständigkeit des Kreisausschusses
- TOP 11 – Wiederherstellung der Öffentlichkeit – habe sich damit erledigt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Der Landrat rief zur Abstimmung über die Tagesordnung auf. Diese wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen bestätigt.

Zum TOP 04

Mit der Drucksache-Nr.: KA/060/2020 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung des Protokolls der 12. Sitzung des Kreisausschusses vom 27. November 2019 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 12. Sitzung des Kreisausschusses vom 27. November 2019 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/152-15/20.**

Zum TOP 05

Mit der Drucksache-Nr.: KA/061/2020 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung des Protokolls der 13. Sitzung des Kreisausschusses vom 12. Dezember 2019 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 13. Sitzung des Kreisausschusses vom 12. Dezember 2019 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/153-15/20.**

Herr Urbach erscheint zur Sitzung. Damit erhöht sich die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder auf sechs.

Zum TOP 06

Mit der Drucksache-Nr.: KA/062/2020 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung des Protokolls der 14. Sitzung des Kreisausschusses vom 16. Dezember 2019 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 14. Sitzung des Kreisausschusses vom 16. Dezember 2019 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/154-15/20.**

Zum TOP 07 – Sonstiges

Der Landrat informierte über den aktuellen Stand der Inanspruchnahme des Kassenkredites per 17.01.2020:

- Saldierte Inanspruchnahme Kassenkredit - 11.248.732,28 EUR

Rückständige Kreisumlage per 08.01.2020

<i>Gemeinde</i>	<i>Betrag</i>	<i>Fälligkeit</i>
Sundhausen	17.978,48 EUR	04 und 05/2019
Kleinwelsbach	6.169,43 EUR	11 und 12/2019
Bad Langensalza	110.190,08 EUR	06/2009 (Rechtsstreit anhängig)

Bei der Schulumlage gebe es keine Rückstände.

Der Landrat informierte, dass zusätzlich zum übergebenen Terminplan am 01. April 2020 eine weitere Sitzung des Kreisausschusses aufgrund notwendiger Vergaben im Zusammenhang mit der Salza-Halle stattfinden müsse.

Weiterhin wolle er bekanntgeben, dass der Kreditvertrag zur Salza-Halle gemäß dem Kreistagsbeschluss vom 27. November 2019 unterschrieben worden sei. Das Geld sei in voller Höhe am 16. Dezember 2019 ausgezahlt worden.

Anhand einer Power-Point-Präsentation informierte der Landrat ausführlich über folgende Themen. Die Präsentation wird im Nachgang allen Kreisausschussmitgliedern per Mail übersandt:

- Zentralisierung der Verwaltung:
 - Zusammengefasste Darstellung Kreistagsbeschluss
 - Inhaltliche Darstellung der unterzeichneten Verträge
 - Darstellung ausgehandelte Vertragsinhalte Mietvertrag Landwirtschaftsamt
 - Darstellung Vertragsinhalte Mietvertragsverlängerung Justiz
 - Abschließende Gegenüberstellung der Vertragsinhalte zum Kreistagsbeschluss

Herr Urbach wollte wissen, was genau nun nicht mit dem gefassten Kreistagsbeschluss übereinstimme?

Der Landrat erläuterte, dass nicht alle Verträge zeitgleich unterschrieben werden konnten. Die Unterzeichnung des Vertrages mit TerraRenta sei jedoch notwendig gewesen, um die erhaltenen Konditionen zu sichern. Der Vertrag mit dem Landwirtschaftsamt sei grundsätzlich verhandelt, hier gebe es nur noch geringen Abstimmungsbedarf. Der Vertrag mit der Justiz habe größere Auswirkungen als bisher angenommen, daher konnte er bisher nicht abgeschlossen werden.

Herr Urbach merkte an, dass er grundsätzlich die Vertragsabschlüsse gut finde. Ursprünglich sollte jedoch der Einzug des Landwirtschaftsamtes früher erfolgen. Warum habe sich dies jetzt verzögert?

Der Landrat antwortete, dass die Mietvertragsverhandlungen insgesamt mehr Zeit als gedacht in Anspruch genommen hätten. Bezogen auf das Landwirtschaftsamt gebe es ein bestehendes Mietsverhältnis zwischen einem privaten Vermieter und dem Freistaat, welches den Verhandlungen konträr gegenüberstand. Hier konnte lange Zeit keine Übereinkunft erzielt werden.

Herr Görbig führte aus, dass mit dem Weggang der Bundeswehr dem Standort Ausgleichsmaßnahmen versprochen worden seien. Seien dies die Ansiedlung des Landwirtschaftsamtes und die Verlängerung des Justizstandortes?

Der Landrat entgegnete, dass dies im weitesten so sei. Vom Bund habe es keine Ausgleichsmaßnahmen gegeben.

Frau Lehmann meinte, dass der Haushalts- und Finanzausschuss sich mit den Zahlen beschäftigen werde. Entspreche der Abschluss der Wirtschaftlichkeitsberechnung?

Dies bestätigte der Landrat. Die Abschlüsse entsprechen der Plausibilitätsprüfung und seien genehmigt.

Frau Lehmann erwiderte, wenn sich der Einzug des Landwirtschaftsamtes um drei Jahre nach hinten verschiebe, fehle doch diese Einnahme.

Der Landrat erläuterte, dass sich alle Maßnahmen nach hinten verschieben würden. Damit seien die Zahlen stimmig. Man zahle erst nach Übergabe aller Gebäude. Genauso stehe es auch in der Plausibilitätsprüfung.

Es gab keine weiteren Fragen.

- Übertragung 3-Felder-Halle (Seilerhalle) und Nebengebäude
 - Sachverhaltsdarstellung
 - Inhalt Kreistagsbeschluss
 - Absprachen mit Landesverwaltungsamt und finaler Zeitablauf bis Beurkundung
 - Wesentlicher Vertragsinhalt

Nach Abschluss der Verhandlungen mit dem Verein (Hallenbad) werde der Kreistag informiert.

Es gab keine weiteren Fragen.

- Breitbandausbau
 - Aktueller Sachstand

Der Landrat bestätigte auf Nachfrage von Herr Urbach dass die Gesamtinvestitionssumme bei ca. 14. Mio. EUR liege. Eigenmittel des Kreises müssten nicht aufgebracht werden.

Herr Henning ergänzte, dass die Gemeinden einen Eigenanteil von 10 % hätten.

Es gab keine weiteren Fragen.

- Regionalbus-Gesellschaft
 - Landesbedeutsame Linien
 - NationalparkBus Hainich
 - Landbus
 - Fazit und Ausblick

Herr Görbig wollte wissen, wie viel Fördermittel insgesamt für den Landbus ausgegeben worden seien.

- *Antwort zum Protokoll:*
Die Höhe der Fördermittel betrug 77.550,00 EUR.

Herr Henning merkte an, dass die Gemeinden bei der Planung außen vor gelassen worden seien. Sollte man über eine Fortführung des Projektes nachdenken, sollte man zunächst eine Bedarfsermittlung machen. Die Linienführung der Tour 3 von Lengenfeld/Stein nach Struth sei beispielsweise nicht sinnvoll. Es sollte dann eher über eine Anbindung an die Kreisstadt nachgedacht werden.

Der Landrat führte aus, dass man eventuell auch eine Befragung des ländlichen Raums durchführen könne. Man müsse ins Gespräch kommen und verschiedene Möglichkeiten prüfen.

Herr Görbig berichtete von privaten Erfahrungen. Er halte sich viel in Berlin auf und kenne die Unterschiede zwischen Großstadt und ländlichem Raum. Seiner Meinung nach sei der ländliche Raum gut versorgt. In Berlin müsse man mehr Zeit für gleiche Strecken aufbringen.

Der Landrat meinte, dass man mehr Werbung für den Landbus hätte machen können. Insgesamt müsse man die Kommunikation verbessern. Ziel des Landbusses sei es gewesen, die zwischenmenschlichen Bedürfnisse generationslos zu vernetzen.

Frau Lehmann gab bekannt, auch wenn der Landbus altersneutral beworben wurde, sei er doch eher für die älteren Menschen gedacht. Dies müsse man bei der Werbung berücksichtigen. Ältere Menschen erreiche man eher über Wurfzettel als über die sozialen Medien. Viele Menschen hätten das Angebot des Landbusses einfach nicht wahrgenommen.

Der Landrat fasste zusammen, dass viele Faktoren dazu geführt haben, dass die Resonanz eher gering gewesen sei.

Herr Kubitzki merkte an, dass man sich Partner suchen müsse, wie Ärzte, Physiotherapeuten oder Friseure. Wenn man die Angebote bündele und stärke, animiere man damit die Menschen.

Es gab keine weiteren Fragen.

Frau Lehmann hinterfragte den übersandten Zeitplan zum Haushalt 2020.

Der Landrat erläuterte, dass das Zahlenwerk am 24. Januar verteilt werde. Das Gesamtwerk Haushalt werde mit den Kreistagsunterlagen am 24. Februar ausgefahren. Ziel sei die Beschlussfassung im März. Die Verwaltung werde versuchen, in allen Ausschüssen präsent zu sein und Fragen zu beantworten.

Frau Lehmann bezog sich auf die Beschlussvorlage zum Leitbild Klimaschutz aus der letzten Kreistagssitzung. Diese sei in alle Ausschüsse verwiesen. Aus ihrer Sicht sei dies zu ungenau und nicht zielführend. Im Rechnungsprüfungsausschuss habe man sich darüber verständigt, die Vorlage nicht zu beraten.

Die CDU-Fraktion habe vor, neue Vorschläge zum Leitbild Klimaschutz einzubringen. Wenn man dies nun in allen Ausschüssen tue, mache das wenig Sinn. Könne man sich vielleicht über die textliche Fassung des Leitbildes hier im Kreisausschuss verständigen oder es auf den Umweltausschuss übertragen?

Der Landrat führte aus, dass die Verwaltung hierzu keine Stellung beziehen werde. Der Antrag der Verweisung in die Ausschüsse sei aus dem Kreistag gekommen. Wenn man diesen Beschluss konkretisieren wolle, müssten sich die Fraktionsvorsitzenden entsprechend einigen.

Nach Diskussion wird über folgende Protokollerklärung abgestimmt:

- Der Beschluss des Kreistages zur Verweisung des Leitbildes Klimaschutz in alle Ausschüsse wird in der nächsten Sitzung des Kreistages wie folgt konkretisiert:

„Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten wird beauftragt, federführend die weitere Beratung zum Leitbild Klimaschutz durchzuführen und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Der Beschluss wird mehrheitlich mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen.

Herr Urbach bezog sich auf die Sammlung Altglas. Die Glascontainer seien in den letzten Monaten nicht ordnungsgemäß abgefahren worden. Gerade auch nach Silvester habe es wieder Auffälligkeiten gegeben. Auch die Reinigung der Standplätze erfolge nicht ordnungsgemäß. Weiterhin wolle er wissen, ob auch die Glascontainer regelmäßig gereinigt würden?

Der Landrat sicherte eine Beantwortung zu.

Herr Urbach verwies auf die bestehenden Probleme bei den Feuerwehruntersuchungen. Die Firma, die bisher die Untersuchungen durchgeführt habe, habe schriftlich mitgeteilt, dass es hier Probleme gebe und die Untersuchungen nicht mehr durchgeführt werden können.

Der Landrat antwortete, dass er den Sachverhalt kenne. Er könne jedoch nicht in ein laufendes Verfahren eingreifen. Für die Feuerwehruntersuchungen habe diese Firma keinen Vertrag mit dem Kreis sondern mit den Gemeinden. Allerdings habe er den KBI beauftragt, sich des Problems anzunehmen. Man arbeite an Lösungen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Damit war die Sitzung des Kreisausschusses beendet.

Junker
Schriftführerin

bestätigt: Zanker
Landrat